

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII

1. Teil. Einführung in das Europäische Arbeitsrecht

A. Grundlagen	1
I. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung des Europäischen Arbeitsrechtes im Wirtschaftsleben der Europäischen Union	5
1. Die arbeitsrechtlichen Interessen der Arbeitnehmer	5
a) Arbeit als Selbstverwirklichung des Menschen	5
b) Der Arbeitsplatz als Lebensraum des Arbeitnehmers	5
2. Arbeitgeberinteressen im Europäischen Arbeitsrecht	6
a) Arbeitsrecht als Gestaltungsinstrument von Arbeitsbedingungen	6
b) Arbeitsrecht und unternehmerische Entscheidungsfreiheit	6
c) Sanktionen des Arbeitsrechts	6
d) Arbeitsrecht als betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor	6
II. Die Bedeutung des Europäischen Arbeitsrechtes für das Zusammenwachsen der nationalen Mitgliedstaaten zu der Europäischen Union	7
III. Die Stellung des Europäischen Arbeitsrechtes im Wirtschaftsleben der EU	9
1. Der fehlende Begriff des „Europäischen Arbeitsrechtes“ in den Römischen Verträgen	9
2. Das „Europäische Arbeitsrecht“ als unselbständiger Bestandteil des Europäischen Wirtschafts- und Wettbewerbsrechts	10
B. Die Entstehungsgeschichte des Europäischen Arbeitsrechtes	12
I. Die frühen Anfänge des Europäischen Arbeitsrechtes (1947–1957)	12
1. Das „Arbeitsrecht“ des EGKS-Vertrages	13
2. Das Arbeitsrecht des EWG-Vertrages	13
3. „Europäisches Arbeitsrecht“ im EURATOM-Vertrag	14
II. Die Konstituierung des Europäischen Arbeitsrechtes (1957–1980)	15
1. Erste Phase: Europäischer Sozialfonds und „erstes“ sozialpolitisches Aktionsprogramm (1960–1974)	15
2. Zweite Phase: Die Blütezeit des Europäischen Arbeitsrechtes (1974–1980)	16
III. Die Stagnation der Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes (1980–1984)	18
VI. Neue Impulse für das Europäische Arbeitsrecht durch die Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes (1984–1992)	20
1. Die Europäische „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“	22
a) Der Inhalt der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer	23
b) Die inhaltlichen Neuerungen der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer	23
2. Das Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte	25
3. Die Bedeutung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer für die Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes	25
a) Der fehlende Rechtscharakter der Gemeinschaftscharta und des Aktionsprogrammes	26
b) Das Ausscheren Großbritanniens aus dem Geltungsbereich der Gemeinschaftscharta und des Aktionsprogrammes	26

c) Der mögliche Einfluß der Gemeinschaftscharta und des Aktionsprogrammes auf die Entwicklung und Gestaltung Europäischen Arbeitsrechtes	26
V. Die Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes nach dem „Maastrichter Vertrag“ (ab 1992)	27
1. Der arbeitsrechtliche Inhalt des Abkommens über die Sozialpolitik	28
2. Der Geltungsbereich des Protokolles und des in ihm enthaltenen Abkommens über die Sozialpolitik	29
VI. Das Europäische Arbeitsrecht nach dem „Vertrag von Amsterdam“	30
1. Die wesentlichen arbeitsrechtlichen Neuerungen des Amsterdamer Vertrages	30
2. Neuerungen des Vertrages von Nizza	34
a) Neuerungen der Beschlußfassung und im Gesetzgebungsverfahren	34
b) Die Charta der Grundrechte	34
3. Das Europäische Arbeitsrecht des EG-Vertrages/Amsterdamer Fassung	36
a) Der Charakter der nach Art. 137 EG-V zu erlassenden Norm	38
b) Aus dem Art. 137 EG-V ausgenommene Regelungsbereiche	39
c) Die Kompetenzen der Sozialpartner in der EU	39
C. Ausblick: Die zukünftige Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes	42
I. Die Anpassung des Arbeitsrechtes in Europa an veränderte Anforderungen und Strukturen europaweit tätiger Unternehmen	42
II. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Wettbewerbsgleichheit zwischen europäischen Unternehmen und den nationalen Volkswirtschaften der einzelnen europäischen Mitgliedsländer durch die Vereinheitlichung von nationalem Arbeitsrecht	44
III. Die Weiterentwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes durch die Fortentwicklung des Europäischen Gesellschaftsrechtes	46
IV. Europäisches Arbeitsrecht und Unionsbürgerschaft	48
D. Die Rechtsquellen des Europäischen Arbeitsrechtes	51
I. Völkerrechtliche Normen des Europäischen Arbeitsrechtes	52
II. Normen des Europäischen Arbeitsrechtes im EG-Vertrag (Das Primärrecht)	53
III. Das arbeitsrechtliche Sekundärrecht der Gemeinschaften	55
1. Die Verordnung im Europäischen Arbeitsrecht	56
2. Richtlinien im Europäischen Arbeitsrecht	56
a) Die unmittelbare Wirkung von Richtlinien für und gegen europäische Bürger	56
b) Keine Benachteiligung des Bürgers durch eine unmittelbare Wirkung von Richtlinienennormen	57
c) Keine „horizontale“ Wirkung nicht rechtzeitig umgesetzter Richtlinien	58
d) Schadensersatzansprüche gegen den nationalen Gesetzgeber im Falle der nichtpflichtgemäßen Umsetzung von Richtlinien	62
aa) Die Voraussetzungen des „Europäischen Schadensersatzanspruches“	63
bb) Art und Höhe des Schadensersatzanspruches	65
cc) Die Bedeutung des „Europäischen Schadensersatzrechtes“ für die nationalen Rechtsordnungen	66
3. Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen	68
4. Sonstige Rechtsquellen des Europäischen Arbeitsrechtes	69
a) Europäisches Gewohnheitsrecht	69
b) Richterrecht	70
aa) Der Begriff des Richterrechts	72
bb) Der Bindungscharakter des Europäischen Richterrechts in juristischer und faktischer Sicht	72
cc) Beispiele	73

E. Modelle der Rechtsvereinheitlichung im Europäischen Arbeitsrecht	76
I. Die Schaffung eines eigenständigen Europäischen Arbeitsrechtes	76
II. Angleichung nationaler Arbeitsrechtsnormen	77
III. Harmonisierung durch Rechtskoordinierung	79
F. Die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips bei der gemeinschaftsweiten Vereinheitlichung und Schaffung des Europäischen Arbeitsrechtes	81
G. Das Verhältnis des Europäischen Arbeitsrechtes zu den nationalen Arbeitsrechtsordnungen	82
H. Das Normsetzungssystem im Europäischen Arbeits- und Sozialrecht	84
I. Das Vorschlagsverfahren	84
II. Das Verfahren der Zusammenarbeit	89
III. Das Verfahren der Mitentscheidung	90
IV. Das Normsetzungsverfahren der Sozialpartner	94
V. Das Verfahren zum Erlaß von Empfehlungen und Stellungnahmen und sonstiger Rechtsakte	94
VI. Besonderheiten des EGKS-Vertrages	96
VII. Das Verfahren zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen	96
1. Die Kompetenz der Kommission zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen	96
2. Durchführung des Europäischen Arbeitsrechtes durch die Sozialpartner	97

2. Teil. Das materielle Europäische Arbeitsrecht

A. Das individuelle Europäische Arbeitsrecht	105
I. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in Europa	106
1. Die Bedeutung der Freizügigkeit für den europäischen Arbeitnehmer	108
2. Der Inhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit	109
a) Die Zuordnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Öffentlichen und Privaten Recht der Mitgliedstaaten	110
b) Die Arbeitnehmerfreizügigkeit als „zweckgebundenes Recht“	110
c) Arbeitnehmerfreizügigkeit des Art. 39 ff. EG-V und die allge- meine Gewährleistung der Freizügigkeit durch das Europäische Recht	111
aa) Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und das „Schengener Übereinkommen“	111
bb) Das allgemeine Grundrecht auf Freizügigkeit des Art. 18 EG-V	112
3. Der Begriff des Arbeitnehmers im Sinne der Art. 39 ff. EG-V	113
4. Die Ausgestaltung des Freizügigkeitsrechtes im einzelnen	118
a) Die Ausreisefreiheit europäischer Arbeitnehmer	119
b) Die Einreisefreiheit	119
c) Zugang zum Arbeitsmarkt	121
d) Das Arbeitsrecht	124
e) Das Aufenthaltsrecht	125
5. Die Ausweitung der Freizügigkeit auf weitere Personengruppen	127
a) Die Erstreckung der Freizügigkeit des europäischen Arbeitnehmers auf dessen Ehegatten	128
b) Die Erstreckung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die Kinder des Arbeitnehmers	131
aa) Der berechnigte Personenkreis	131
bb) Das Recht auf Ausbildung	132
c) Die Erstreckung der Freizügigkeit auf Verwandte und Angehörige des europäischen Arbeitnehmers	133
d) Die Erstreckung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitnehmer	136
e) Die Erstreckung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Studenten	139

6. Die Garantie der Arbeitnehmerfreizügigkeit durch das Gleichbehandlungsrecht des europäischen Arbeitnehmers zu seinen inländischen Kollegen	142
a) Die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit durch die Gleichbehandlung des europäischen Arbeitnehmers und seiner Familienangehörigen	142
aa) Die Gleichbehandlung des europäischen Arbeitnehmers im individualarbeitsrechtlichen Bereich	143
(1) Die Gleichheit der Einstellungschancen	144
(2) Die Gleichbehandlung des europäischen Arbeitnehmers in sonstigen Bedingungen des individuellen Arbeitsverhältnisses	147
(3) Die Gleichheit des europäischen Arbeitnehmers in seinen sozialen Lebensbedingungen	151
bb) Die Gleichbehandlung der Familienangehörigen des europäischen Arbeitnehmers	154
cc) Die Gleichbehandlung aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedener und deren Familienangehörigen	157
dd) Die Gleichbehandlung von Auszubildenden und Studenten	158
ee) Grenzen der Gleichbehandlung	158
b) Die Gewährleistung der Freizügigkeit durch die Anerkennung von Hochschuldiplomen	159
c) Die Gewährung des Freizügigkeitsrechtes europäischer Arbeitnehmer im „Europäischen Sozialrecht“	161
d) Die Gewährung des Freizügigkeitsrechtes europäischer Arbeitnehmer im „Europäischen Steuerrecht“	166
7. Die Berufung des Arbeitgebers auf die Rechtsposition der Freizügigkeit europäischer Arbeitnehmer oder die „Prozeßstandschaft“ im europäischen Recht der Arbeitnehmerfreizügigkeit	168
8. Die Grenzen des Freizügigkeitsrechtes	169
a) Beschäftigungsverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung	171
b) Die Einschränkung der Freizügigkeit durch die Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	173
aa) Der persönliche Anwendungsbereich der Richtlinie 64/221/EWG	174
bb) Der sachliche Anwendungsbereich der Richtlinie 64/221/EWG	174
(1) Einschränkung der Freizügigkeit aus Gründen des öffentlichen Gesundheitswesens	175
(2) Einschränkung der Freizügigkeit aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	175
II. Die Gleichstellung von Männern und Frauen im Europäischen Arbeitsrecht	180
1. Gesetzgeberische Motive der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im europäischen Arbeitsleben	184
2. Die Erscheinungsformen der Ungleichbehandlung	185
a) Fälle unmittelbarer Geschlechterdiskriminierung	186
aa) Die Entgeltgleichheit	186
(1) Der Entgeltbegriff	188
(a) Die Leistung des Arbeitgebers zur staatlichen Sozialversorgung als „Entgelt“ des Arbeitnehmers	191
(b) Die Leistung des Arbeitgebers zu betrieblichen Versorgungssystemen als „Entgelt“ des Arbeitnehmers	192
(2) Die Festsetzung des Leistungsbezugsalters als „Entgeltdiskriminierung“	193
(3) Entgeltgleichheit oder/und Lohngerechtigkeit	196

bb) Die Gleichstellung von Männern und Frauen hinsichtlich der sonstigen Arbeitsbedingungen	198
(1) Der gleichberechtigte Zugang zur Berufsausübung	200
(2) Die gleichen Bedingungen im Rahmen der Ausübung der Arbeit	204
(4) Die Gleichstellung der Geschlechter bei der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses	205
b) Die mittelbaren Diskriminierungen	210
aa) Fallgruppen der „mittelbaren“ Diskriminierung	211
(1) Ehe- und Familienstandsspezifische mittelbare Diskriminierungen	211
(2) Teilzeitarbeit	212
bb) Kritik: Unbestimmbarkeit des Begriffes der „mittelbaren“ Diskriminierung	219
cc) Die Möglichkeit der „Rechtfertigung“ der „mittelbaren“ Diskriminierung“	221
3. Sonderfragen: Der Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau im Recht der sozialen Sicherung	226
a) Die gesetzliche Sozialversicherung	226
b) Die betriebliche Altersversorgung	228
aa) Die Auswirkung der Entscheidungspraxis des EuGH auf die Gestaltung von Systemen betrieblicher Altersversorgung	232
bb) Kritik	233
(1) Wertungswidersprüche zur gesetzlichen Sozialversicherung	233
(2) Wertungswidersprüche zum Recht der Abfindungsgewährung	234
cc) Problemlösung	237
4. Ausnahmen von der Verpflichtung zur Gleichbehandlung	238
a) Der „Beurteilungsspielraum“ der Mitgliedstaaten bei der Festlegung der Ausnahmetatbestände	244
b) Die „positive Diskriminierung“ als Ausnahmefall des Gleichstellungsgrundsatzes	245
5. Beweislast beim Nachweis einer geschlechtsbezogenen Diskriminierung	250
6. Die Rechtsfolgen der Ungleichbehandlung	252
a) Pauschalierung des Schadensersatzes	255
b) Der Ausschluß des Rechtsfolgenanspruches einer Diskriminierung	257
c) Schadensersatzansprüche gegen den Staat als Arbeitgeber	259
III. Sonderfragen der vertraglichen Gestaltung von Arbeitsverhältnissen nach dem Europäischen Arbeitsrecht	260
1. Der Schutz der Menschenwürde des Arbeitnehmers	262
2. Die schriftliche Unterrichtung des Arbeitnehmers über seine Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag	264
3. Der Schutz personenbezogener Arbeitnehmerdaten in den Europäischen Gemeinschaften	267
4. Die Regelung der Arbeitszeit im Europäischen Recht	277
5. Die Regelung der Arbeitsvergütung im Europäischen Binnenmarkt	280
6. Flexibilisierung der Arbeitszeit im Europäischen Arbeitsrecht	282
a) Der Richtlinienvorschlag über Arbeitsbedingungen in bestimmten Arbeitsverhältnissen	285
b) Der Richtlinienvorschlag über Arbeitsverhältnisse im Hinblick auf Wettbewerbsverzerrungen	287
c) Der Richtlinienvorschlag zur Ergänzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Zeitarbeitnehmern	289

d) Die Richtlinie 91/383/EWG zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis	290
7. Die Anwendung des Europäischen Arbeitsrechtes auf „entsandte“ Arbeitnehmer	293
a) Der allgemeine Grundsatz der Anwendung des Europäischen Arbeitsrechtes	293
b) Sozialversicherungsrechtliche Sondervorschriften	294
c) Europäisches Arbeitsrecht nach der „Entsenderichtlinie“	295
8. Der Kündigungsschutz im Europäischen Arbeitsrecht	298
IV. Die Sonderstellung bestimmter Arbeitnehmer im Europäischen Arbeitsrecht	316
1. Der Mutterschutz im Europäischen Arbeitsrecht	317
2. Der Elternurlaub	323
3. Der Jugendarbeitsschutz	323
4. Das Europäische Arbeitsrecht und der Schutz behinderter Arbeitnehmer	327
V. Das Berufsbildungsrecht der Gemeinschaft	329
VI. Der Europäische Arbeitsschutz	332
1. Der technische Arbeitsschutz	334
a) Die Systematik	340
b) Die Auswirkungen der europäischen Normen des technischen Arbeitsschutzes auf das nationale Arbeitsschutzrecht der Mitgliedstaaten	345
aa) Das Europäische Recht der „Mindestvorschriften“	346
bb) Die Anforderungen des Europäischen technischen Arbeitsschutzes selbst an Mitgliedsländer mit hohem Schutzniveau im technischen Arbeitsschutz: dargestellt am Beispiel Deutschlands	346
cc) Technischer Arbeitsschutz versus Verkehrsfreiheit von Produkten auf dem Europäischen Markt?	347
2. Sozialer Arbeitsschutz	355
a) Der Schutz des Arbeitnehmers bei Massenentlassungen	356
aa) Sonderfrage: Die Eigenkündigung des Arbeitnehmers als Tatbestand der vorweggenommenen Massenentlassung	357
bb) „Kozernkündigungen“	359
cc) Sonderfrage	360
dd) Spezialprobleme der Anwendung der Richtlinie 98/59/EG in Konzernunternehmen	362
(1) Die Berechnung der zur Anwendung der Richtlinie 98/59/EG maßgeblichen Arbeitnehmerzahl	362
(2) „Konzernkündigungen“	363
b) Der Schutz europäischer Arbeitnehmer bei Betriebsübergängen	363
aa) Sicherung des Arbeitsverhältnisses im Betriebsübergang	365
bb) Der Widerspruch des Erwerbers oder Veräußerers gegen den Übergang der Arbeitsverhältnisse	366
cc) Das Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers gegen den Betriebsübergang	366
dd) Der Tatbestand des Betriebsüberganges	367
ee) Neuere Entwicklungen in der Beurteilung von Betriebsübergängen	375
ff) Sonderfragen der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer beim Betriebsübergang	378
c) Der Schutz des europäischen Arbeitnehmers bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers	379
B. Das Europäische Kollektive Arbeitsrecht	382
I. Der Begriff des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes	383

II. Gesellschaftspolitische Schwierigkeiten beim Entstehen des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes	384
III. Rechtsnormen des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes	385
1. Grundlegende Regelungen des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes	385
2. Die Rechtsgebiete des Europäischen Kollektiven Arbeitsrechtes im einzelnen	387
a) Das Koalitionsrecht der europäischen Arbeitnehmer	387
b) Das Tarifvertragsrecht	389
aa) Der „Europäische Tarifvertrag“	390
bb) Die Umsetzung der Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern	391
c) Das Europäische Arbeitskampfrecht	393
d) Das Anhörungs- und Unterrichtsrecht der Arbeitnehmer	394
e) Die Arbeitnehmerbeteiligung bei Entscheidungen im Unternehmen und Betrieb	395
aa) Der Europäische Betriebsrat	396
(1) Der Geltungsbereich der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat	398
(2) Das Verfahren zur Einrichtung eines Europäischen Betriebsrates	399
(3) Die Ausgestaltung und Funktion des Europäischen Betriebsrates	401
(4) Bewertung der Wirkungsweise des Europäischen Betriebsrates	404
(5) Die nationalen Betriebsratssysteme in Europa	406
(6) Die Auswirkungen der Richtlinie 94/45/EG auf das Betriebsverfassungsrecht der Mitgliedstaaten	424
bb) Die Beteiligung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene	425
cc) Arbeitnehmermitwirkung in „europäischen Gesellschaftsformen“, dargestellt anhand der Europäischen Aktiengesellschaft	427
(1) Die Europäische Aktiengesellschaft	427
(a) Das in den Niederlanden und Deutschland vorherrschende Dualistische System	428
(b) Das für den englischen und romanischen Rechtskreis typische Monistische System	429
(2) Die Arbeitnehmermitbestimmung in den Organisationsmodellen der Europäischen Aktiengesellschaft	430
(a) Das Modell der organisatorischen Partizipation	431
(b) Die Arbeitnehmerbeteiligung in einem separaten Organ	433
(c) Die Arbeitnehmerbeteiligung in anderen Modellen	435
(3) Wahl der Arbeitnehmerbeteiligungsmodelle	435
(a) Die Wahl des Beteiligungsmodelles der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Gesellschaftsgründung	435
(b) Die nachträgliche Änderung des Beteiligungsmodelles	436
(c) Die Einführung eines der Arbeitnehmerbeteiligungsmodelle nach der Gründung der Gesellschaft	436
(4) Bewertung der Arbeitnehmermitbestimmung in europäischen Gesellschaftsformen	437
f) Die Arbeitnehmerbeteiligung am Unternehmensgewinn	438
C. Exkurs: Die Ausweitung des Europäischen Arbeitsrechtes auf ausländische Arbeitnehmer	441

3. Teil. Zusammenfassung und Ausblick

A. Bedeutung und Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes	445
B. Historische Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes	446
C. Die Normen des Europäischen Arbeitsrechtes	447

D. Die Stellung des Europäischen Arbeitsrechtes zum nationalen Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten	450
E. Das Materielle Europäische Arbeitsrecht	450
I. Europäisches Individualarbeitsrecht	450
1. Das Freizügigkeitsrecht des europäischen Arbeitnehmers	451
2. Die Gleichstellung von Mann und Frau im Europäischen Arbeitsrecht	453
3. Die vertragliche Gestaltung europäischer Arbeitsverhältnisse nach dem Europäischen Arbeitsrecht	456
4. Das Europäische Arbeitsschutzrecht	458
a) Der technische Arbeitsschutz	458
b) Der soziale Arbeitsschutz	459
II. Das Kollektive Europäische Arbeitsrecht	460
1. Europäisches Tarifvertragsrecht	460
2. Europäisches Betriebsverfassungsrecht	461
3. Unternehmerische Mitbestimmung der Arbeitnehmer	462
F. Ausblick: Die weitere Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes	462
I. Die Abhängigkeit der Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechtes von der des Europäischen Gesellschaftsrechtes	463
II. Europäisches Arbeitsrecht und Wettbewerbsgleichheit	463
III. Die „Europäisierung“ der Unternehmen als Motor des Europäischen Arbeitsrechtes	464
IV. Die Bedeutung „europäischer Grundfreiheiten“ für das Europäische Arbeitsrecht	464

Anhang

Entscheidungsregister	467
Literaturverzeichnis	485
Sachregister	493